

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek:
Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie.
Detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Die Texte von Tariq Ali stammen aus dem Buch: *The Extreme Centre*, erschienen
bei Verso 2018
© Tariq Ali

© 2020 Promedia Druck- und Verlagsgesellschaft m. b. H., Wien
Alle Rechte vorbehalten
Druck: CPI – Clausen & Bosse, Leck
Printed in Germany
ISBN: 978-3-85371-476-8
Fordern Sie die Kataloge unseres Verlags an:
Promedia Verlag
Wickenburggasse 5/12
A-1080 Wien
E-Mail: promedia@mediashop.at
Web: www.mediashop.at
www.verlag-promedia.de

TARIQ ALI
HEINER FLASSBECK
RAINER MAUSFELD
WOLFGANG STREECK
PETER WAHL

DIE EXTREME MITTE

WER DIE WESTLICHE
WELT BEHERRSCHT.
EINE WARNUNG

PROMEDIA

Wolfgang Streeck

Nichts sehen, nichts hören, nichts sagen: Die extreme Mitte als Klassenbasis des gescheiterten Konsolidierungsstaats

»Was nicht dem Gesetz der Schönheit entspricht, darauf *schau* nicht;
was nicht dem Gesetz der Schönheit entspricht, darauf *höre* nicht;
was nicht dem Gesetz der Schönheit entspricht, davon *rede* nicht...«
(Konfuzius)

Für die extreme Mitte ist alles selbstverständlich und deshalb nichts der Rede wert; nichts hängt zusammen, Einzelfall folgt auf Einzelfall, Krisen sind Zufall, wir nehmen sie, wie sie kommen, eine nach der anderen. Zur extremen Mitte gehört, wer die Notwendigkeiten und Folgen des kapitalistischen Akkumulationsprozesses als der Menschheit von der Natur gestellte Aufgaben versteht, denen man gerecht werden muss, aber auch gerecht werden kann. Optimismus ist Bürgerpflicht für die extreme Mitte; wer ihn nicht aufzubringen vermag, hat in ihr nichts verloren. Für jedes Problem gibt es eine Lösung; manchmal ist sie schwer zu finden und fordert den Besten und Klügsten, also der politischen Klasse, alles ab. Am Ende aber geht es immer gut, schon weil es besser nicht gehen kann in dieser besten aller Welten, in der ein Problem, für das es keine Lösung gibt, keines ist. So reiht sich ein Erfolg an den anderen. Solange es weitergeht, ist alles gut, und weiter geht es immer: Rettungsaktion folgt auf Stützungsaktion, Stützungsaktion auf Rettungsaktion; der *global-governance*-Zirkus zieht um die Welt und verabschiedet Aktionspläne, einen nach dem anderen, die *bailout*-Ökonomie kriegt den

bailout, den sie braucht, und den Rohstoff für die Batterien holen wir uns aus der Sahelzone, sobald unsere Fallschirmjäger die terroristischen Islamisten aus dem Weg geschafft haben.

Beispiel »Globalisierung« und das Virus. Es hat einige Zeit gebraucht, bis Anfang der Nullerjahre die Erkenntnis zu den politischen Klassen des Globalisierungskapitalismus durchdrang, dass Globalisierung, solange es noch so etwas wie Demokratie gibt, zumindest eine Kompensation der Verlierer in ihren Ausgangsländern verlangt – dass sie, wenn sie nachhaltig sein soll, tendenziell mehr umverteilende Sozialpolitik erfordert statt weniger. Versprechungen nach Art von Clinton, Blair und Schröder, wonach die mit ihr bewirkte Wohlstandsflut alle Boote gleichermaßen heben wird, kleine wie große,⁹ werden unglaublich, wenn die Anpassungslasten des globalisierungsbedingten Strukturwandels sich auf bestimmte Regionen und Klassen konzentrieren. Deren Widerstand durch ausgleichende Politik zu überwinden – von Arbeitslosenversicherung zu Weiterbildungshilfen zu regionaler Strukturförderung – ist Sache der sich globalisierenden Nationalstaaten und kann nur ihre Sache sein; auf globaler Ebene gibt es keinen Staat, der dazu in der Lage wäre. Soziale Gerechtigkeit versteht sich, bedauerlicherweise aus neoliberaler Sicht, noch immer relativ zu den sozialen Bedingungen, unter denen sie beschädigt wird und repariert werden muss. Der unheilbare Partikularismus der kleinen Leute – ihr nicht in das kosmopolitische Zeitalter passender Unwille, sich selbstlos über die Angleichung ihrer Löhne und Arbeitsbedingungen an die in der kapitalistischen Peripherie, oder gar über den Umzug ihrer Arbeitsplätze dorthin, zu freuen – ruft den Nationalstaat auf den Plan, auch wenn er längst gehofft hatte, sich sozialpolitisch aufs Altenteil zurückziehen zu können.

9 »A rising tide lifts all the boats« – eine von John F. Kennedy häufig verwendete Metapher, die besagen soll, dass Wirtschaftswachstum am Ende allen gleichermaßen zugutekommt.

Allerdings ist die Fähigkeit der Nationalstaaten des globalen Nordens zur Aufbringung der für die Durchsetzung der Globalisierung nach innen nötigen nationalen Ausgleichszahlungen begrenzt, auch durch die Globalisierung selber. Die einheimischen Unternehmen, Architekten neuer weltweiter Produktionssysteme, stehen in einem weltweiten Wettbewerb, der ihre Besteuerbarkeit in ihren Ausgangsländern einschränkt; jedenfalls können sie dies behaupten und, wenn sie nicht Gehör finden, mit der Verlagerung von immer mehr Arbeitsplätzen ins Ausland drohen, womit sie zu allem Überfluss die von ihnen mit Arbeitslosigkeit bedrohten Arbeitnehmer als Verbündete gewinnen. Auch verfügen sie, sobald die Finanzindustrie ebenfalls von der Globalisierung erfasst wird (und das war spätestens in der zweiten Phase der Globalisierung, auch Hyperglobalisierung genannt,¹⁰ der Fall) über reichliche Möglichkeiten, ihre Gewinne in Steueroasen zu verlagern, wo sie für die Steuerbehörden ihrer Heimatländer nicht mehr auffindbar sind. Dass infolgedessen die bei den Staaten anfallenden Kosten der Globalisierung, weit über die kompensatorische Ausweitung der Sozialhaushalte hinaus, nur teilweise und immer weniger aus Steuermitteln gedeckt werden können, kommt der extremen Mitte naturgegeben vor und erscheint ihr deshalb nicht des Nachdenkens wert. So schlagen sich die Kosten, wo sie nicht durch sozialpolitische »Reformen« gedrückt oder durch

10 Zuerst wohl von Dani Rodrik. Rodrik versteht unter Hyperglobalisierung den Übergang von sektoral spezialisiertem internationalem Güterhandel nach Prinzipien des komparativen Vorteils zu einer globalen Markt- und Konzernwirtschaft, mit globalen Unternehmen und Produktionsverbünden, einem weltweit integrierten Finanzsektor sowie einem einheitlichen, für alle Staaten verbindlichen, von Organen und Institutionen der *global governance* getragenen Wirtschaftsrecht, in Zusammenhang mit einer neoliberalen Entmachtung des nationalen Staatsinterventionismus. Siehe: Dani Rodrik, *The Globalization Paradox: Why Global Markets, States, and Democracy Can't Coexist*. Oxford: University Press, 2011.

kreative Nichtbuchhaltung aus der Welt gerechnet werden können – »Gelbwesten« und andere »Populisten« lauern überall – in steigenden Haushaltsdefiziten und wachsender staatlicher Kreditaufnahme nieder; dies verfestigt die Ungleichverteilung der Vermögen und verstärkt so die Ungleichverteilung der Einkommen. Irgendwann ist dann die Grenze nicht nur der kompensierenden Wirkung der Sozialpolitik, sondern auch der Tragfähigkeit der staatlichen Verschuldung erreicht, die sich nach der Bereitwilligkeit des Finanzsektors bemisst, sie zu bezahlbaren Zinssätzen zu refinanzieren. Diese wiederum hängt von der Fähigkeit der Staaten ab, gegenüber ihren Bürgern nach innen, Demokratie hin oder her, fiskalische Disziplin, auch Austerität genannt, durchzusetzen.¹¹ Ergebnis ist, dass der Widerstand gegen die Globalisierung groß genug wird, um sie zum Stillstand zu bringen. *The chickens*, heißt es auf Amerikanisch, *come home to roost*: die Hühner des Populismus besetzen den Stall, der kosmopolitische Neoliberalismus stößt an seine Grenzen. Die extreme Mitte wird rat-, wenn auch nicht sprachlos: Ihre PR-Stäbe wachsen so schnell wie die Schuldenberge, oder noch schneller.

So war es schon vor der Corona-Krise. Diese hat nun die kunstvoll versteckten Kosten der Globalisierung ebenso wie die ihrer dilatorischen Nichtbegleichung auf dramatische Weise in Erinnerung gerufen. Der »Dritte Weg« wollte die Finanzkrise des Staates beenden, indem er Schaffung und Sicherung legitim verteilten Wohlstands dem privaten Unternehmertum und einem globalisierten Markt übertrug und sich einredete, dass beide, Unternehmen und Märkte, sich selbst finanzieren würden. Aber ähnlich wie die Stromerzeugung durch Kernkraftwerke konnte die Hyperglobalisierung nur deshalb rentabel erscheinen, weil ihr gestattet wurde, einen erheblichen Teil ihrer wachsenden Kosten Staaten aufzubürden, die zu ihrer Übernahme weder politisch noch fiskalisch

11 Ich habe diesen Zusammenhang in *Gekaufte Zeit* (Streeck 2015, 159ff.) eingehend analysiert.

in der Lage waren und sie deshalb in die Zukunft verschoben, in der Hoffnung, dass sie sich dort irgendwie in Wohlgefallen auflösen würden.¹² Globalisierung beinhaltet den Aufbau erdumspannender Produktions- und Lieferketten, die durch Ausnutzung von Produktivitätsunterschieden und effizienteren Transaktions- und Koordinierungstechnologien zugleich Kosten und Preise senken und Gewinne erhöhen sollen. Je weiter sie aber fortschreitet, desto abhängiger werden die sie betreibenden Unternehmen und die von ihnen belieferten, beschäftigten und finanzierten Gesellschaften mitsamt ihren Staaten von einem reibungslosen Funktionieren ständig expandierender, Kontinente überspannender arbeitsteiliger Funktionszusammenhänge.

Globalisierte Funktionssysteme sind hoch voraussetzungsreich und entsprechend krisenanfällig; sie bedürfen ständiger Überwachung, Absicherung und Wartung von einer Art, wie sie nur staatliche Regulierung zustande bringen kann. Die mit Globalisierung verbundenen Risiken müssten geschätzt und versichert und die fälligen Versicherungsprämien den Globalisierern nach dem Verursacherprinzip in Rechnung gestellt werden; schon dies aber würde die Rentabilität langer Produktions- und Handelsketten und damit der Globalisierung als solcher beeinträchtigen. Um Krisen gar nicht erst eintreten zu lassen, bedürfte es ferner redundanter Zweit-, Dritt- oder Ersatzsysteme, deren Aufbau und Unterhalt ebenfalls kostspielig wären; auch sie müssten von den Verursachern finanziert werden, um die tatsächlichen Kosten der Globalisierung sicht- und spürbar zu machen und so, als erwünschte Nebenfolge, den Prozess der Globalisierung gesellschaftsverträglich einzugrenzen. Wenn es

12 Man wird als im Rheinland ansässiger »politischer Beobachter« bei Betrachtung der Politik im finanzierten Kapitalismus immer wieder an das sogenannte »Rheinische Grundgesetz« erinnert, dessen Artikel 3 bekanntlich lautet: »Et hätt noch emmer joot jejange« (es ist noch immer gutgegangen). Aus dieser Sicht kann die Corona-Krise nur als verfassungsfeindlicher Anschlag erscheinen.

dann doch zu Krisen käme, müssten Feuerwehren und Rettungsdienste aller Art bereitstehen, um die Ausbreitung schädlicher Nebenfolgen der Globalisierung in die Gesellschaft als ganze hinein – auch in Zusammenhänge, in denen man sich vor ihnen sicher glaubte – so weit wie möglich, wenn nicht zu verhindern, so doch unter Kontrolle zu halten.

Wie groß die Risiken globalisierter Funktionssysteme für menschliche Gesellschaften sind, zeigte die Finanzkrise von 2008, als die Fernwirkungen der US-amerikanischen Finanzialisierung des Häusermarkts auf dem Weg über die von der Finanzindustrie eingerichteten globalen Kreditmärkte weltweit Wohlstand und Beschäftigung zerstörten und Staaten zu einer Politik der Austerität zwangen, die viele von ihnen wirtschaftlich geschwächt und demokratisch unregierbar gemacht hat. Zwölf Jahre später wurden dann die weltweiten Kommunikationslinien des globalen Kapitalismus zu Übertragungswegen einer tödlichen Krankheit, deren Eindämmung nur um den Preis einer ebenso weltweiten wirtschaftlichen Depression möglich war. Die durch sie verursachten immensen wirtschaftlichen Verluste wären ebenfalls auf dem Konto einer politisch als so alternativ- wie harmlos deklarierten und deshalb sich selbst zu überlassenden Globalisierung zu verbuchen, wenn es ein solches Konto denn gäbe. Dabei waren die Staaten und Regierungen, die die Hyperglobalisierung als gütiges Schicksal hinnahmen oder als gemeinsames Projekt vorantrieben, durch zwei frühere Corona-Epidemien gewarnt, SARS-CoV in den Jahren 2002/2003 und die Vogelgrippe kurz danach. Dies hielt sie nicht davon ab, im Geiste kapitalistischer Grenzenlosigkeit ungerührt zuzuschauen, als die großen Pharma-Unternehmen, im fraglichen Jahrzehnt im Zuge ihrer Globalisierung und der des Rechts des »geistigen Eigentums« immer größer und profitabler geworden, es als nicht hinreichend rentabel ablehnten, die Produktion von Impfstoffen gegen die neuartigen Erreger vorzubereiten – wohl, weil sie fürchteten, im Krisenfall gezwungen zu werden, sie günstig an

alle abzugeben, oder auch, weil ihnen die Gefahr zu groß erschien, dass allfällige Epidemien durch nicht-medizinische Vorsichtsmaßnahmen unterdrückt werden und potenziell profitable Massenimpfungen sich dadurch erübrigen könnten.

Hinzu kam, dass die Staaten darauf verzichteten, für den Krisenfall im Normalzustand nicht benötigte Überschusskapazitäten und Reserven aufzubauen, etwa bei Beatmungsmaschinen, Schutzanzügen und Testmaterialien.¹³ Auch legte man den Pharmaunternehmen keine Steine in den Weg, als sie anfangen, unentbehrliche Grundstoffe für die Produktion hochwertiger Medikamente im globalen Ausland herstellen zu lassen, vor allem in China, neuerdings Werkstatt der Welt, demselben Land, in dem die industrielle Produktion zeitweise durch eine Seuche zum Stillstand kam, zu deren Bekämpfung man die dort und nur noch dort produzierten Stoffe dringend benötigte. Welche Abhängigkeiten entstehen, wenn eine Industrie, die eine nationale Infrastruktur sein müsste, in eine globale Profitmaschine verwandelt wird, zeigt unter anderem das Beispiel einer Auseinandersetzung zwischen den USA und China im März 2020, als die chinesische Regierung der amerikanischen drohte, den Export bestimmter Medikamente in die USA zu unterbinden, wenn die Trump-Administration weiterhin behauptete, das Corona-Virus stamme aus China.

Schon die Aufrüstung der nationalen Gesundheitssysteme für die Risiken der Globalisierung wäre teuer gewesen – so teuer, dass sie die Rentabilität der Globalisierung möglicherweise in Frage gestellt hätte. Umso höher wurden die Kosten dadurch, dass man versäumte, für

13 Möglicherweise wollte man bei den auf »Weltoffenheit« einzustellenden Bürgern keine schlafenden Hunde wecken; zumindest in den ersten Stadien der Corona-Krise war es jedenfalls in Deutschland Anathema, die Ausbreitung des Virus und die Wehrlosigkeit zahlreicher nationaler Gesundheitssysteme auch nur von ferne mit der Globalisierung in Zusammenhang zu bringen.

ihre Fälligkeit vorzusorgen. Als dann das Virus kam, war die Folge ein internationaler Absturz der Wirtschaftstätigkeit, wie ihn die Welt seit den 1930er-Jahren nicht mehr erlebt hatte, mit einem wirtschaftlichen Schaden, der im April 2020 allein für die Länder der Europäischen Union vorläufig auf bis zu 1,5 Billionen Euro¹⁴ geschätzt wurde. Darin enthalten waren die Einkommensausfälle infolge der, zur Verhinderung einer Massenpanik und eines endgültigen Vertrauensverlusts der Regierungen für nötig gehaltenen, wochenlangen Unterbindung wirtschaftlicher Aktivitäten; die durch sie verursachten Steuerausfälle; staatliche Unterhalts- und Ausgleichszahlungen aller Art sowie die Kosten der Behebung der entstandenen Schäden nach dem Ende der diversen Stilllegungen. Ebenfalls auf die Rechnung gehören die in den kommenden Jahren und Jahrzehnten auf die dramatisch weiter gestiegenen Staatsschulden zu zahlenden Zinsen, und mit ihnen die wegen der dann ins Gigantische weiter gewachsenen Schuldenlast ausfallenden öffentlichen Investitionen, unter dem Zwang einer nachhaltigen Erneuerung der Austeritätspolitik zum Zweck der Erwirtschaftung eines Primärüberschusses für die Erhaltung des »Vertrauens« der privaten Kreditgeber.¹⁵

14 Entsprechend 1.500 Milliarden. Der deutsche Bundeshaushalt für das Jahr 2019 belief sich auf 362 Milliarden.

15 Ich habe die politische Logik des von mir so genannten »Konsolidierungsstaats« an verschiedenen Stellen ausbuchstabiert (siehe zuletzt: Wolfgang Streeck, *A New Regime: The Consolidation State*. In: Desmond S. King/Patrick Le Galès (Hg.), *Reconfiguring European States in Crisis*, Oxford: University Press, 2017, S. 139–157 sowie Wolfgang Streeck: *The Rise of the European Consolidation State*. In: Hideko Magara (Hg.), *Policy Change under New Democratic Capitalism*. London: Routledge, 2017, S. 27–46). Haushaltskonsolidierung bedeutet ein Zurückführen der Schuldenlast auf ein Niveau, das die Kreditgeber zuversichtlich macht, dass die Schulden bedient und zurückgezahlt werden können; dieses Niveau ist von Land zu Land verschieden, auch je nachdem, wie die nationalen politischen Macht- und Mobilisierungsverhältnisse beurteilt werden. Ein weithin für sicher gehaltenes Zeichen für ausreichende Schuldentragfähigkeit ist die regelmäßige jährliche

Die Finanzkrise des Staates: nächste Runde

Warum lag es für die Kräfte der extremen Mitte nah oder war es gar nötig, die Kosten der Hyperglobalisierung zu verschleiern und auf eine ferne, hoffentlich nie eintretende Zukunft zu verschieben? Hinweise ergeben sich aus einer Theorie der Finanzkrise des Staates, wie ich sie in Anschluss an Wagner, Goldscheid und O'Connor in *Gekaufte Zeit* vorgeschlagen habe.¹⁶ Folgt man ihnen, so gibt es gute Gründe, zu vermuten, dass die gesellschaftlichen Kosten der kapitalistischen Kapitalakkumulation langfristig steigen müssen — also die Aufwendungen für die allgemeine Infrastruktur von Produktion und Verteilung, die Ausbildung der Produktivkräfte, die Bereitstellung wissenschaftlichen Wissens zur Steigerung der Produktivität, die Versicherung gegen mögliche und die Beseitigung eingetretener Schäden, etwa an der Umwelt, die militärische Sicherung einer abgabe- und aufnahmebereiten Peripherie und die Legitimation der kapitalistischen Produktions- und Lebensweise: die Erzeugung eines zu ihr passenden kulturellen Gemeinverständnisses. Gleichzeitig, so scheint es, schwindet

Erwirtschaftung eines Primärüberschusses, also eines Haushaltsüberschusses bei Nichtberücksichtigung des Schuldendienstes, wenn ein Schuldenabbau durch wirtschaftliches Wachstum nicht erwartet werden kann. In der Europäischen Währungsunion gibt es darüber hinaus die Möglichkeit negativer externer Effekte zwischen den Mitgliedstaaten; wenn ein Staat seinen Verpflichtungen gegenüber den Kapitalmärkten nicht mehr nachkommen kann, könnten die Refinanzierungskosten — die für neu aufgenommene Kredite fälligen Zinsen — für alle Mitgliedstaaten steigen, ganz absehen von den Rückwirkungen auf die nationalen Bankensysteme oder gar die Möglichkeit einer Auflösung des Euro als Gemeinschaftswährung. Deshalb sehen sich die Mitgliedstaaten genötigt und berechtigt, sich bei ihrer Haushaltsführung gegenseitig zu überwachen; die dazu geschaffenen Institutionen (allen voran der nach der Finanzkrise geschlossene Konsolidierungspakt) verstärken den von den »Märkten« ohnehin ausgehenden Austeritäts- und Konsolidierungsdruck.

16 Wolfgang Streeck, *Gekaufte Zeit: die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus*, Berlin: Suhrkamp, 2015.

die Fähigkeit der Staaten, der Exekutivorgane der Gesellschaften, die wachsenden Ansprüche des Kapitals an die Ermöglichungsleistungen der von ihm besiedelten Gesellschaften an dieses zurückzuverweisen, indem sie ihm deren Begleichung in Rechnung stellen, in Form von Nutzergebühren oder erhöhter Besteuerung: Staaten, die dies versuchten, liefen Gefahr, von ihrem von »Plusmacherei« (Marx) besessenen Kapital zugunsten weniger kostspieliger Produktionsstandorte verlassen zu werden. Die seit den 1970er-Jahren weithin steigende Staatsverschuldung kann unter dieser Perspektive als Versuch gewertet werden, oberhalb der Grenzen der Steuerbarkeit eines sich immer internationaler ausbreitenden Kapitalismus Ressourcen zur Deckung seines Einrichtungs-, Erhaltungs-, Reparatur- und Subventionsbedarf zu generieren.

Die durch die steigenden Gemeinkosten des kapitalistischen Fortschritts entstehenden fiskalischen Probleme erinnern an eine der ersten modernen Theorien der öffentlichen Finanzen, das »Gesetz der wachsenden Staatsausgaben« des deutschen Ökonomen Adolph Wagner (1835 bis 1917). Wagner hat nie im Einzelnen dargelegt, warum seiner Meinung nach der Anteil der Staaten an ihren jeweiligen Volkswirtschaften langfristig und kontinuierlich zunehmen sollte; anscheinend stellte er sich eine lineare gesellschaftliche Aufwärtsentwicklung vor, nicht nur wirtschaftlicher, sondern auch kultureller Art, einen Aufstieg auf immer höhere Niveaus dessen, was er »Zivilisation« nannte, der mit einer überproportionalen Ausweitung der Staatstätigkeiten notwendig verbunden war oder sie gar voraussetzte.¹⁷ Adolph Wagner war keineswegs ein Linker; er war eine führende Figur der preußischen Professorenschaft, antisemitisch genug, um zu ihr zugelassen zu werden, und zählte zu den sogenannten Kathedersozialisten, eine lockere Gruppe staatswirtschaftlich

17 Adolph Wagner, »Staat in nationalökonomischer Hinsicht«, in: Adolph Ludwig Elster/Adolf Weber/Friedrich Wieser (Hg.), *Handwörterbuch der Staatswissenschaften*. Jena: G. Fischer, 1911, S. 727–739.

und sozialpolitisch orientierter Ökonomen. Von den Liberalen um Max Weber verabscheut, stand sie auf Seiten der Aristokratie und ihrer Bürokratie und misstraute den modernen Privatkapitalisten. Dass sein »Gesetz« darauf hinauslief, dass auf einem höheren zukünftigen Zivilisationsniveau die meisten oder gar alle wirtschaftlichen Aktivitäten staatlich getragen sein würden, hat Wagner gewiss nicht beunruhigt; mit einem preußischen Staatssozialismus hätte er sich gerne abgefunden.

Die Hyperglobalisierung seit den 1990er-Jahren hat das Problem der wachsenden Gemeinkosten des Kapitalismus, spürbar als Expansionsdruck auf die Staatshaushalte, aktualisiert. Dies gilt sowohl auf der Einnahmeseite, wo Globalisierung Steuerflucht erleichterte¹⁸ und Steuerensenkungen erzwang, als auch für die Ausgaben – insofern, als sich in den unregierbaren und unregierten Räumen des entnationalisierten und deregulierten Weltkapitalismus immer größere Risiken ansammelten, die die Mittel der um die Zuwendung des Kapitals konkurrierenden Staaten überstiegen und deshalb, wenn die Globalisierung dennoch weitergehen sollte, vor den Bürgern verborgen werden mussten. Für eine Weile, bevor die Globalisierung zur Hyperglobalisierung wurde, hatte es gereicht, die Finanzindustrie zu deregulieren, damit die Staaten sich bei ihr stärker und vor allem kumulativ verschulden konnten – also Schulden aufbauen konnten, die sie nicht mehr abzubauen brauchten. Die Finanzkrise von 2008ff. zeigte dann aber, dass die Lösung der fiskalischen Krise des Staates durch Entfesselung der Kreditindustrie nichts anderes war als eine Zeitbombe; wenige wurden reicher, viele ärmer, manche arm, und die private Kreditschöpfung musste durch die staatliche Geldschöpfung der Zentralbanken und Finanzministerien komplementiert werden, mittels Fiat-Geld, auch um den Zusammenbruch der privaten Banken unter der Last ihrer »finanziellen Innovationen« zu verhindern.

18 Gabriel Zucman, *Steueroasen: Wo der Wohlstand der Nationen versteckt wird*, Berlin: Suhrkamp, 2014.

Die Corona-Krise brachte ans Licht, dass Vorsorge und Versicherung in einer hyperglobalisierten Weltwirtschaft öffentliche Ressourcen in einem Ausmaß beansprucht hätten, dass sie auf nationaler Ebene, wo es allein Staaten geben kann, unerschwinglich gewesen wären. Da jeder Versuch, sie real zu finanzieren, das Globalisierungsgeschäft unrentabel gemacht und zum Einsturz gebracht hätte, wurden sie auf gut Glück unterlassen. Der Absturz des Akkumulationsprozesses nach Eintreffen des Virus fiel dann stärker aus als je zuvor in der Krisengeschichte des Kapitalismus. Nun war es an den längst über alle Ohren verschuldeten Staaten, ihr letztes Mittel, aus ihrer schwindenden Autorität heraus frei geschöpftes Zentralbankgeld (*fiat money*), zu mobilisieren, um den Kapitalismus, die einzig verbliebene Wirtschaft ihrer Gesellschaften, in sich aufzunehmen und so zu verhindern, dass zusammen mit ihm die Gesellschaft und ihre Ordnungen zusammen untergehen. Nur durch extreme Ausweitung der Staatswirtschaft, durch Absorption des Kapitalismus in einen mit der Wirtschaft zunehmend koextensiven öffentlichen Sektor, war es möglich, das im Sinne Wagners erreichte Zivilisationsniveau zu halten – eines öffentlichen Sektors freilich, der nicht auf öffentliches Eigentum, sondern auf den Zauber unbegrenzter staatlicher Kreditwürdigkeit und unendlicher staatlicher Geldproduktion aus dem Nichts gegründet ist. Dies wirft die Frage auf, ob und wie es der extremen Mitte gelingen könnte, die Wiederbelebung der Wirtschaft als Wiederbelebung eines globalisierten Privatkapitalismus zustande zu bringen, der wegen seiner unaufhaltsam gewachsenen und wahrscheinlich weiter wachsenden Reproduktionskosten dauerhaft nur dann rentabel überleben kann, wenn er mit Hilfe des staatlichsten aller staatlichen Mittel, einer allein durch die staatliche Zwangsgewalt gedeckten unbegrenzten Geldproduktion, norbeatmet würde.¹⁹

19 Fiat-Geld lüftet das letzte Geheimnis des finanzierten Kapitalismus, indem es die Vorstellung von der Begrenztheit des gesellschaftlichen Geldvorrats endgültig

Die Europäische Union als Exekutivorgan des europäischen Konsolidierungsstaats

Die Europäische Währungsunion ist der supranationale Wohlfahrtsausschuss des nationalen Konsolidierungsstaats: ein Instrument der politischen Eliten der extremen Mitte zur Durchsetzung der Hyperglobalisierung bei gleichzeitiger Eindämmung und, wenn unmöglich, Verschleierung ihrer Kosten, sowie zur Überwachung und Sicherstellung der Kreditwürdigkeit der europäischen Staaten gegenüber der globalen Finanzindustrie, als (letzter?) Versuch einer steuerbefreiten Gewährleistung der immer teurer werdenden Voraussetzungen kapitalistischen Wirtschaftens. Erreicht werden soll dies durch Neubelebung des wirtschaftlichen Wachstums mittels globalistischer wirtschaftlicher Liberalisierung bei Eindämmung der Kosten des Wachstums durch ökonomische Rationalisierung des sozialen Lebens. Außenpolitisch funktionierte das eine Zeitlang, innenpolitisch schon bald nicht mehr. Als es darum ging, die griechische Syriza-Regierung zu zwingen, ihre

aus dem Weg räumt. Dies kann Begehrlichkeiten bei denen wecken, die anders als die Finanzjongleure und Bankenretter, für die der zauberhafte Charakter des Geldes schon lange erfahrene Wirklichkeit war, noch immer glauben und glauben sollen, dass Geld durch Arbeit, Leistung, Sparen usw. entsteht. Der öffentliche Einsatz von Fiat-Geld unterminiert die »Leistungsgesellschaft« und ihre Arbeits- und Anspruchsdisziplin; wenn das Marktvolk ein bedingungsloses Grundeinkommen erhält, warum dann nicht auch das Staatsvolk (Streeck 2015, 163), und warum nur in der Krise, wenn Geld doch auch sonst durch staatliche Autorität in die Welt gesetzt werden könnte? Wenn die Knappheit des Geldes als Folge seiner strategischen Verknappung erkannt wird – wenn klar wird, dass niemand in Vorleistung treten muss, damit es Geld gibt –, dann muss die extreme Mitte Wege finden, der Unendlichkeit des Geldes rasch ein Ende zu setzen, um so die Arbeits- und Leistungsdisziplin wiederherzustellen, ohne die es mit der Akkumulation von Kapital in privater Hand nicht weitergehen kann. Hierin besteht die neueste, vielleicht schwierigste Herausforderung des Konsolidierungsstaats.

Ausgaben zu kürzen, um zur Demonstration ihrer Zahlungsfähigkeit einen primären Haushaltsüberschuss ausweisen zu können, und strikte Auflagen als Voraussetzung für neue Kredite zu akzeptieren, standen die Regierungen von Frankreich, Italien und Spanien fest auf der Seite »Europas«, also Deutschlands im Bündnis mit Österreich, den Niederlanden und Finnland. Gleichzeitig gaben sie sich jede erdenkliche Mühe, ihre eigenen Haushalte durch Ausgabenkürzungen zu konsolidieren. Ziel sollte sein, durch Senkung der Staatsausgaben Schulden abzubauen und dadurch, absurd genug, wirtschaftliches Wachstum in Gang zu setzen (»expansionary contraction« hieß das). Tatsächlich aber stagnierten ihre Volkswirtschaften als Folge des fiskalischen Aderlasses, was unter anderem einen weiteren Anstieg der öffentlichen Schuldenlast bewirkte, in Italien von 119 % des Sozialprodukts 2010 auf 128 % 2019, in Spanien von 62 auf 95 % und in Frankreich von 81 auf 96 %. In Deutschland dagegen, mit seiner durch den Euro begünstigten Exportwirtschaft, ging die Staatsverschuldung von 83 auf 56 % zurück, also noch unter die in den Europäischen Verträgen festgelegte Obergrenze.

Eine Folge der Konsolidierungspolitik der extremen Mitte war, dass sie die Abwehrkräfte der zur Austerität gezwungenen europäischen Gesellschaften gegenüber dem Corona-Virus schwächte. In Italien lagen die Aufwendungen für das Gesundheitswesen im Jahr 2017 bei 8,8 % des Sozialprodukts, in Spanien bei 8,9 %. Nur 6,5 bzw. 6,3 % waren öffentliche Ausgaben, der Rest wurde von den Patienten, sozial selektiv, privat aufgebracht. In Deutschland dagegen lagen die Gesundheitsausgaben 2017 bei 11,2 %, von denen 9,5 % öffentlich waren, also drei Prozentpunkte höher als in den beiden Mittelmeerländern.²⁰ Die

20 Drei Prozentpunkte des Sozialprodukts sind alles andere als eine Kleinigkeit: in Deutschland machen sie das Zweieinhalbfache des jährlichen Rüstungshaushalts aus.

unterschiedlichen Auswirkungen des Corona-Virus in verschiedenen Ländern haben zweifellos vielfältige Ursachen, die nicht alle gut verstanden sind; zu ihnen gehören die Alters- und Familienstruktur, die örtliche Luftqualität, alltägliche Umgangsformen wie Händeschütteln, Umarmungen und Wangenküsse, die Lebensweise insbesondere von »Risikogruppen« wie jener der Älteren – aber schon der allgemeine Gesundheitszustand der Bevölkerung, die Belastung mit Vorerkrankungen, hat offenkundig auch mit Ausstattung und Zugänglichkeit des öffentlichen Gesundheitssystems zu tun. Klassenlagen machen einen Unterschied, ebenso wie die Organisation der Gesundheitsversorgung; der Etat des britischen National Health Service beträgt nach jahrzehntelanger Ausblutung durch hausgemachte Austerität nicht mehr als 7,1 % des Sozialprodukts, wobei das Gesundheitssystem, ebenso wie das französische, zusätzlich unter seiner hohen Zentralisierung leidet.

Vergleicht man den Zusammenhang zwischen den Corona-Todeszahlen einerseits und den unterschiedlichen wirtschaftlichen und politischen Zwängen zu fiskalischer Konsolidierung andererseits, so ist offenkundig: Deutschland geht es unter der Währungsunion finanziell gut und gesundheitlich einigermaßen, Italien, Spanien und Frankreich dagegen leiden. Das Geld, das benötigt würde, um ihre nationalen Gesundheitssysteme für die Risiken der Globalisierung aufzurüsten – Risiken, die lange bekannt waren, nicht erst seit SARS-CoV (2002/3) –, fehlt in den in der Austeritätsfalle festsitzenden Ländern an allen Ecken und Enden. Schulden zu bedienen, um als guter Schuldner dazustehen, der neue und immer höhere Schulden aufnehmen darf, ist hier wichtiger als alles andere, und vielleicht lässt sich das nächste Virus ja auch Zeit und kommt erst, wenn die jetzige Generation der extremen Mitte in Pension ist. Was hat die EU, was gar die EWU getan, um den zentristischen Extremismus der »guten Schuldner« zu korrigieren? Man ahnt es: nichts.

In der Europäischen Währungsunion gibt es seit der Krise von 2008 ausgefuchste institutionelle Arrangements, die dazu dienen, die Mitgliedsstaaten zu fiskalischer Konsolidierung anzuhalten, darunter das sogenannte »Europäische Semester« im Rahmen der »Offenen Methode der Koordinierung«, ²¹ die freilich für die Öffentlichkeit alles andere als »offen« ist: regelmäßige, von der Brüsseler Bürokratie inszenierte esoterische Rituale, die nur von ihren Hohepriestern und deren Ministranten in den politikwissenschaftlichen Fakultäten verstanden werden, wenn überhaupt. Was immer dort geschieht, gemeinsame Vorsorge für Epidemien und ihre Bekämpfung ist jedenfalls nicht dabei. Wenn man lange sucht, findet man eine Behörde der Europäischen Union, genannt »European Centre for Disease Prevention and Control« (ECDC), Sitz in Stockholm, mit 280 Vollzeitbeschäftigten und einem Etat von 57 Millionen Euro per annum; kein europäischer Bürger hat je von ihr gehört, weder vor noch während der Virus-Krise. Hat das ECDC jemals untersucht, ob die Mitgliedsstaaten über genügend Gesichtsmasken, Schutzanzüge, Impfstoffe, Beatmungsgeräte und ausgebildete Krankenpfleger verfügen, um für den nächsten Virusangriff gewappnet zu sein? Hat es Weiterbildungskurse für Gesundheitspersonal und Regulierungsbehörden zum Thema Krankenhaushygiene oder Seuchenprävention in Altenheimen organisiert? Hat es gar die europäische Öffentlichkeit darüber informiert, dass das globalisierte Leben tödlich sein kann, wenn man dafür nicht ausgerüstet ist, und dass eine wetterfeste Ausrüstung nicht billig zu haben ist? Zumindest hat niemand davon gehört, was auf dasselbe hinausläuft, und es wäre überraschend, wenn das nicht damit zu tun hätte, dass solche Nachfragen und Warnungen mit den jährlichen institutionalisierten

21 Armin Schäfer, *Die neue Unverbindlichkeit: wirtschaftspolitische Koordinierung in Europa*, Schriften aus dem Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung Köln, Bd. 55, Frankfurt/Main New York: Campus-Verlag, 2005.

Ermahnungen zur Haushaltskonsolidierung – Hervorbringungen der verschiedenen, fest institutionalisierten Austeritätsübungen, die das deutsche Export- und Niedrigzinswunder befeuern – über Kreuz geraten wären.

Anzahl der EU -Mitgliedsländer, die Anweisungen von der Kommission erhalten haben					
Jahr	Pensionsalter erhöhen/ Kürzun- gen der Pensionen	Kürzungen/ Privatisie- rungen im Gesundheits- system	Keine Lohn- zuwächse	Einschrän- kungen der Arbeitsplatz- sicherheit/ Tarifver- handlungs- rechte	Kürzungen der Unter- stützung für Arbeitslose und/oder für Menschen mit Einschrän- kungen
2011	14	2	7	5	8
2012	13	3	6	7	10
2013	15	10	6	9	6
2014	17	16	13	10	9
2015	13	9	8	3	3
2016	10	8	4	2	3
2017	10	5	4	2	3
2018	13	10	2	0	3
Gesamt	105	63	50	38	45

Mit welcher Wucht die Europäische Union das Programm des Konsolidierungsstaats von oben nach unten durchzusetzen versucht, zeigt eine Aufstellung der irischen Ökonomin Emma Clancy. ²² In ihr wird für fünf Politikfelder aufgezählt, wie oft die Europäische Kommission in den acht Jahren von 2011 bis 2018 im Zusammenhang mit der sogenannten

22 Emma Clancy: »Austerity Kills: EU Commission Demanded Cuts to Public Healthcare Spending 63 Times from 2011-2018«. *Brave New Europe*, March 29, 2020.

»Macroeconomic Imbalance Procedure« Mitgliedstaaten aufgefordert hat, Renten zu kürzen, Gelder für das Gesundheitssystem zu streichen oder Teile desselben zu privatisieren, Lohnsteigerungen zu verhindern, Arbeitnehmerrechte einzuschränken oder Sozialhilfe zu kürzen. 63-mal, vor allem in den Jahren 2013, 2014 und 2018, wurde Staaten nahegelegt, deren »makroökonomisches Gleichgewicht« zweifelhaft erschien, weniger für ihr Gesundheitssystem auszugeben.²³

Bleibt die Frage, warum die zentristischen politischen Eliten der zu wirtschaftlichem und sozialem Niedergang verurteilten Mitgliedsländer der Währungsunion dieser weiterhin treu bleiben. Alternativ könnten sie ja versuchen, mit ihren nördlichen Nachbarn über ihre friedliche Rückkehr, vielleicht sogar unterstützt durch einen goldenen Händedruck, zu monetärer und damit auch fiskalischer Souveränität zu verhandeln – in anderen Worten, zu politisch rechenschaftspflichtiger Demokratie an dem einzigen Ort, wo diese möglich ist, im Nationalstaat. Könnte es sein, dass die extreme Mitte dieser Länder längst die Hoffnung aufgegeben hat, ihre Gesellschaften unter den von ihr für unabänderlich naturgegeben gehaltenen Bedingungen des Kapitalismus von heute effektiv regieren zu können? Geht es ihnen wirklich noch um demokratische Selbstregierung, oder sind sie längst auf dem Weg, sich unter einen nordeuropäischen imperialen Rettungsschirm zu flüchten, wo sie niemals mehr sein können als eine von Berlin mit oder ohne Paris regierte südliche Peripherie? Wir wissen, warum die Eliten dieser Länder in die Währungsunion eingetreten sind: um eine harte Gemeinschaftswährung nach deutscher Art als *vincolo esterno*, in der Metaphorik des italienischen Finanzministeriums, als externe Fessel für die »Modernisierung« ihrer widerstrebenden

23 Insgesamt, für alle fünf untersuchten Politikfelder, wurden 301 Kürzungsempfehlungen erlassen, im Durchschnitt 38 pro Jahr. Parallel dazu verpflichteten sich übrigens die der NATO angehörenden Mitgliedstaaten, ihre »Verteidigungs«-Ausgaben auf 2 % des Sozialprodukts zu erhöhen.

politischen Ökonomien durch neoliberale »Strukturreformen« nutzen zu können.²⁴ Die Deutschen waren es, die befürchteten, dass das nicht wirklich funktionieren würde, und widersetzten sich dem Euro, bis Kohl zu dem Schluss kam, dass er Mitterand nachgeben müsse, um der deutschen Wiedervereinigung willen.

Heute, anstelle von wirtschaftlicher Glückseligkeit nach vollzogenen »Strukturreformen« unter dem Euro als neuem innereuropäischem Goldstandard, bestimmen Austerität, wachsende internationale Ungleichheit, eine zunehmend dysfunktionale öffentliche Infrastruktur und das, was man »populistischen Anti-Europäismus« nennt, das europäische Bild. Wie lange wird es dauern, bis die Nachfolger der südeuropäischen »Modernisierer« der 1990er-Jahre einsehen, dass die Probleme ihrer Länder in und mit der Währungsunion struktureller Natur und deshalb nicht durch moralische Rhetorik behebbar sind und dass der historische Fehler des Vertrags von Maastricht rückgängig gemacht werden muss, statt durch philanthropische »Solidarität« überdeckt zu werden, die niemals ausreichen kann, um die Probleme von Ländern wie Italien und Frankreich auch nur annähernd zu beheben – abgesehen von der beunruhigenden Möglichkeit, dass kapitalistische Modernisierung durch globalistische Zentralisierung als typisches technokratisches Projekt der neunziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts gescheitert sein könnte, oder gar, dass unsere Gesellschaften als kapitalistische zunehmend unregierbar werden?

24 Für Frankreich siehe: Bruno Amable, *Structural Crisis and Institutional Change in Modern Capitalism: French Capitalism in Transition*. Oxford: University Press, 2017.